

DAS HABEN WIR NICHT VERDIENT!

**GEMEINSAM GEGEN
ARBEITSPLATZVERNICHTUNG IN BREMEN UND
BREMERHAVEN**

**Gemeinsame Erklärung der Betriebs- und Personalrätekonferenz
Bremen / Bremerhaven am 19.12.2005**

Sechstausend Arbeitsplätze sind im letzten Jahr im Land Bremen abgebaut worden. Und weiterer Abbau steht bevor: 2700 bei Daimler-Chrysler, fast zweitausend bei den Bremer Krankenhäusern, über zweihundert bei Kraft Foods...

Unilever verlagert Arbeitsplätze von Bremerhaven nach Tschechien, im Handel, auf dem Bau, im Handwerk, bei Banken und im Dienstleistungsbereich und im Öffentlichen Dienst – überall werden Arbeitsplätze abgebaut oder reguläre Arbeitsplätze durch nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ersetzt. Allein im Öffentlichen Dienst wurden in den letzten zehn Jahren 5700 Stellen abgebaut, 20% aller Arbeitsplätze.

Arbeitsplatzabbau betrifft nicht nur die Kolleginnen und Kollegen, die direkt betroffen sind. Die Angst um den Arbeitsplatz ist ein Druckmittel, um längere Arbeitszeiten und Lohnkürzungen durchzusetzen.

Die hohe Arbeitslosigkeit belastet unser Steuer- und Sozialsystem - weniger Geld für Schulen und Kindergärten, für Öffentlichen Nah- und Fernverkehr, für das Gesundheitswesen und die Rentenkasse sind die Folgen, die wir alle zu tragen haben.

Die dafür Verantwortlichen sitzen in erster Linie in den Zentralen großer international agierender Konzerne, die gute Gewinne machen. Sie kennen keine Verantwortung für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die durch ihre Arbeit erst ihre Gewinne ermöglichen. Sie kennen auch keine Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen, das ihnen die notwendige Infrastruktur, Straßen und Schienen, qualifizierte Arbeitskräfte und sozialen Frieden zur Verfügung stellt, sie überlassen ihre überflüssigen Mitarbeiter/innen der Arbeitslosen- und Rentenversicherung und beklagen sich über zu hohe Lohnnebenkosten.

Gegen diese organisierte Verantwortungslosigkeit werden wir gemeinsam über die Grenzen der einzelnen Betriebe und Branchen hinweg in die Öffentlichkeit gehen. Der DGB ruft zu einer gemeinsamen Demonstration im Februar 2006 auf. Im Vorfeld sind öffentlichkeitswirksame Aktionen geplant.

Ohne Gegenstimme beschlossen.